**Musterantrag**

Die Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung XXX möge beschließen:

1. Die Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung XXX stellt fest, dass die Kunst- und Kulturbranche seit Monaten enorm unter den Beschränkungen der Coronakrise leidet. Die Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung XXX betont: Kunst und Kultur ist systemrelevant. Daher müssen Museen, Theater und Kinos, aber auch Vereine und Veranstalter von Kerben, Kirmessen und weiteren Festen sowie Soloselbstständige in den nächsten Monaten umfassend unterstützt werden.

2. Die Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung XXX fordert den Gemeindevorstand / Magistrat auf, für kulturelle Veranstaltungen alternative Orte zu erwägen (beispielsweise im Freien oder in kommunalen Räumlichkeiten). Die Genehmigungsverfahren hierfür sollten unbürokratisch ablaufen und so auch kurzfristige Entscheidungen ermöglichen. Die Kulturämter und Genehmigungsbehörden sollen sich im Sinne einer bürgernahen Verwaltung dabei als Partner der Kulturschaffenden verstehen.

3. Die Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung XXX stellt fest, dass die Digitalisierung im Kulturbereich große Chancen bietet. Sie fordert den Gemeindevorstand / Magistrat daher auf, mit den unterschiedlichen kulturellen Stätten den Bedarf an Unterstützung zur umfassenden Digitalisierung zu erörtern und zeitnah ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

4. Die Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung XXX fordert den Gemeindevorstand / Magistrat auf, durch abgesagte Veranstaltungen eingesparte Gelder direkt dem Kunst- und Kulturbereich zur Verfügung zu stellen.

5. Die Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung XXX fordert den Gemeindevorstand / Magistrat auf, eventuell anstehende Einsparungen im Kunst- und Kulturbereich besonders zu prüfen. Einsparungen in diesem Bereich sollten dabei immer ins Verhältnis zu Einsparungen in anderen Bereichen gestellt werden. Kunst und Kultur ist kein Luxus, sondern ein grundlegender Bestandteil gesellschaftlichen Zusammenlebens.

6. Die Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung XXX fordert den Gemeindevorstand / Magistrat auf, auf die Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes zu verzichten und die dafür vorgesehenen Mittel stattdessen den kulturtreibenden Vereinen zur Verfügung zu stellen.